

AUFKLÄRUNG IM FALL LÜBCKE

DRINGLICHER BERICHTSANTRAG

In einer von SPD, CDU, FDP und den Grünen beantragten Plenarversammlung drückte Nancy Faeser ihre tiefe Anteilnahme am Tod von Dr. Walter Lübcke aus. Der ermordete Regierungspräsident habe sein ganzes politisches Leben lang für das friedliche Zusammenleben der Menschen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft gestanden. „Der Hass und die Beleidigungen, die ihm entgegenschlugen, waren widerlich“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin. „Wir alle sind dazu aufgerufen, den exzessiv im Internet verbrei-

teten Hass zu bekämpfen und zu ahnden und dieser neuen Dimension rechter Gewalt entgegenzutreten“, so Faeser. Nachdem der Generalbundesanwalt zu der Auffassung gelangt war, dass der Mord an Dr. Lübcke einen rechtsextremistischen Hintergrund hat, müsse nun geklärt werden, ob der mutmaßliche Täter auf ein entsprechendes Netzwerk zurückgreifen konnte. Deshalb hatte die SPD-Fraktion gemeinsam mit der FDP-Fraktion in einem Dringlichen Berichtsantrag 13 Fragen an die Landesregierung gerichtet. „Unsere Erkenntnisse



aus dem NSU-Untersuchungsausschuss legen nahe, die These vom gewaltbereiten Einzeltäter kritisch zu hinterfragen. Sollte es hierzu Erkenntnisse bei den hessischen Sicherheitsbehörden geben, so muss der Innenminister diese offenlegen“, erklärte Faeser. Antworten erwartet Faeser in einer Sondersitzung des Innenausschusses in der letzten Juniwoche.

ES HELFEN NUR KONKRETE KONZEPTE

Den von Wirtschaftsminister Al-Wazir vorgestellten „Großen Frankfurter Bogen“, der jene Rhein-Main-Gebiete umfassen soll, die vom Frankfurter Hauptbahnhof aus mit der Bahn innerhalb von 30 Minuten zu erreichen sind, hält die wohnungspolitische Sprecherin Elke Barth für ein reines PR-Projekt. Allein mit einem schicken Projektnamen, lasse sich keine bezahlbare Wohnung bauen, so Barths Kritik. „Al-Wazir hat mit seinen schönen Ankündigungen für eine ferne Zukunft unfreiwillig eingestanden, dass die Landesregierung in den vergangenen Jahren faktisch nichts für den Bau von bezahlbaren Wohnungen getan hat.“

So sei die Zahl der neu geförderten Wohnungen von 2017 auf 2018 sogar um 24 Prozent gesunken. Außerdem lasse Schwarz-Grün die Bestandsmieter auf dem überhitzten Markt alleine. „Nur ein Mietendeckel bringt eine Atempause. Stattdessen wird zugelassen, dass Mieten innerhalb von drei Jahren um 15 Prozent steigen können“, kritisierte Barth. Außerdem müsse auch die Lage im ländlichen Raum im Blick behalten werden, um die Probleme auf dem hessischen Wohnungsmarkt lösen zu können. „Wir brauchen einen Wohnungsbau, der zu den Lebenssituationen und den Gehältern der Hessinnen und Hessen passt. Wir müssen den



“
**NUR EIN MIETENDECKEL
KANN DEN MIETERINNEN
UND MIETERN EINE
ATEMPAUSE
VERSCHAFFEN.**

ELKE BARTH

Menschen in den Ballungsräumen die Angst nehmen, dass sie sich das Wohnen bald nicht mehr leisten können und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Städte und Dörfer abseits der Großstädte nicht abgehängt werden“, schloss Barth.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

BEUTH HOLT NEGATIVPREIS NACH HESSEN



Erneut hat Innenminister Beuth den Negativpreis Big Brother nach Hessen geholt. „Dieses Jahr erhält der Innenminister den Award in der Kategorie Behörden und Verwaltung für die Anschaffung und den Einsatz einer Analysesoftware der CIA-nahen US-Firma Palantir, die dadurch Zugang zum hoch sensiblen Datennetz der hessischen Polizei erhält“, kritisierte die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser. Mit dieser Software könnten Massendaten aus polizeieigenen und externen Quellen verknüpft, analysiert und ausgewertet werden. Das ziehe gravierende Folgen für Grundrechte und Datenschutz nach sich. Noch dazu sei die Firma in den USA wegen missbräuchlicher Nutzung von Kundendaten aufgefallen, kritisierte Faeser. „Wir werden die Einhaltung des Datenschutzes genau beobachten und uns regelmäßig berichten lassen“, erklärte sie.

AUSGABEN FÜR EXTERNE BERATER

„Wenn diese Landesregierung eines kann, dann ist es, sich selbst zu loben. Dafür braucht es of-

fensichtlich viel Beratung“, sagte Günter Rudolph in Hinblick auf die Ausgaben für externe Berater in den einzelnen Ministerien. Unter anderem habe es viele Gutachten im Bereich der Nahmobilität gegeben, bei gleichzeitiger Verstärkung der personellen Ressourcen im entsprechenden Ministerium. Hier müsse durchaus die Frage gestellt werden, ob die Menge der Gutachten gerechtfertigt sei.

DIGITALE SPALTUNG VERHINDERN

In der aktuellen Stunde zum 5G-Testnetz forderte Bijan Kaffenberger mehr Engagement von der Landesregierung beim Thema 5G.



„Mit einer Modellregion allein ist es nicht getan“, sagte er. Vor allem müsse die digitale Spaltung von Stadt und Land verhindert werden. Deshalb sei auch eine mindestens teilweise ländliche Modellregion auszuwählen. „Perspektivisch braucht es natürlich eine flächendeckende 5G-Versorgung. Dafür

muss sich die Landesregierung endlich stark machen“, so Kaffenberger. Wichtig sei außerdem eine Aufklärung darüber, dass das 5G-Netz grundsätzlich keine Gesundheitsrisiken mit sich bringt, da aktuell noch ähnliche Funkfrequenzen genutzt würden wie bei den bisherigen Mobilfunkstandards, die sehr gut erforscht seien.

SCHULGELD FÜR THERAPEUTISCHE HEILBERUFE ABSCHAFFEN



„Die Situation der therapeutischen Heilberufe ist mehr als schlecht“, stellte Dr. Daniela Sommer in der Aktuellen Stunde über die Abschaffung des Schulgeldes für Azubis in den therapeutischen Heilberufen fest. Es mangle an Nachwuchs, Wertschätzung und einer angemessenen Bezahlung. „Junge Menschen hält das Schulgeld davon ab, eine Ausbildung zu beginnen“, so die gesundheitspolitische Sprecherin. Dies sei ein Problem, da so die Patientenversorgung in Hessen künftig nicht sichergestellt werden könne.

BUNDESWEHR IST BESTANDTEIL DER GESELLSCHAFT

In einem Dringlichen Antrag bezeichnet die SPD-Fraktion die Bundeswehr als Parlamentsarmee und als Bestandteil unserer Gesellschaft. „Das Bundeswehr-Landeskommando Hessen in Wiesbaden ist ein wichtiger Ansprechpartner der Landesregierung für die zivil-



militärische Zusammenarbeit im Katastrophenfall“, sagte Stephan Grüger und begrüßte die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessestag. „Aus unserer Sicht sollte sich die Landesregierung für den Erhalt der Standorte der Bundeswehr in Hessen einsetzen“, so Grüger.

MINDESTVERGÜTUNG FÜR AZUBIS

STÄRKUNG DER AUSBILDUNG

„Lassen Sie uns an Jugendliche, die den Weg der beruflichen Bildung gehen wollen, ein Signal der Stärkung und Unterstützung aussenden“, warb Frank-Tilo Becher dafür, dass Hessen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung im Bundesrat unterstützt. Kernstück sei eine Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020 mit 515 Euro im ersten Lehrjahr einsetze und bis 2023 eine Steigerung bis auf 620 Euro als Einstiegsvergütung erfahre. Davon würden bis zu 120.000 Jugendliche profitieren,



die aktuell unter dieser Mindestvergütung lägen, erklärte der ausbildungspolitische Sprecher. „Es ist schwer nachvollziehbar, dass die Vergütung in der beruflichen Bildung zum Teil unter dem Schülerbafög liegt. Wenn wir unseren dualen Ausbildungsweg wirklich stärken und als gleichberechtigten Ausbildungsweg wertschätzen wollen, ist der Schritt in eine Ausbildungsmindestvergütung überfällig“, stellte Becher fest. Unberührt davon bleiben bestehende Tarifverträge. Dort wo Tarifabschlüsse in Branchen deutlich höher ausfallen, dürfen sie

auch zukünftig nicht um mehr als 20 Prozent unterschritten werden. Becher schloss mit der Forderung nach dem Erhalt und einer deutlich besseren Ausstattung von Berufsschulstandorten.



IM ZWEITEN AUSBILDUNGSJAHR SOLL SICH DIE MINDESTVERGÜTUNG UM 18% ERHÖHEN, IM DRITTEN UM 35%.

MODERNE LEHRKRÄFTEBILDUNG

FÜR MODERNE SCHULEN

„Die Lehrkräftebildung ist das wesentliche Instrument für Bildungsreformen“, erklärte Christoph Degen zur Einbringung des SPD-Gesetzentwurfs zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen. Der bildungspolitische Sprecher erläuterte, dass ohne gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte, die sich den ständig neuen Herausforderungen gewachsen fühlen, alles andere nichtig sei. Deshalb brauche das Hessische Lehrerbildungsgesetz endlich eine zukunftsfähige Neuausrichtung. „Seit 2009 liegen dem Kultusministerium weitreichende Vorschläge zur Novellierung vor. Passiert ist allerdings



nichts – von Schwarz-Grün hört man immer nur Absichtserklärungen“, kritisierte Degen die Landesregierung. Sowohl Studienstruktur als auch Studienumfang müssten zeitgemäß weiterentwickelt werden. Der SPD-Gesetzentwurf sehe eine Dauer von zehn Semestern für alle Lehramtsstudiengänge vor, damit neu hinzugekommene Inhalte wie Unterrichten im Ganztage, Digitalisierung, Inklusion oder Mehrsprachigkeit berücksichtigt werden können. Außerdem fordert die SPD die Umstellung auf gestufte Studiengänge. Dies vereinfache es Studierenden, in bzw. aus anderen Studiengängen in die Lehramtsstudiengänge zu wechseln. „Das ist wichtig, denn damit wirken wir dem Lehrkräftemangel in Hessen entgegen“, erklärte Degen.

DIGITALPAKT SCHULE

„Die Umstände, unter denen Bildung stattfindet, haben sich gravierend geändert. Nicht weiterentwickelt hat sich hingegen die Digitalisierung an hessischen Schulen“, sagte Kerstin Geis in der Debatte zu dem von Schwarz-Grün vorgelegten Gesetzentwurf zur Umsetzung des Digitalpaktes für Schulen. Diese, so Geis, hechelten der Digitalisierung hinterher und würden zunehmend abgehängt. Es mangle an entsprechenden Maßnahmen, Personal und technischer Ausstattung. Zwar habe die Bundesregierung mit dem Pakt finanzielle Abhilfe geschaffen, aber dem hessischen Gesetz zur Umsetzung des Paktes fehlen noch immer klare Konzepte, wie die Digitalisierung an Schulen sinnvoll umgesetzt werden kann.



FÜR DIE ANLIEGEN VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Der schwarz-grüne Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bleibt hinter den Erwartungen zurück, lautete die Kritik der sozialpolitischen Sprecherin Lisa Gnadl. „Die Forderungen der Behindertenverbände werden nicht aufgegriffen. Es fehlt eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention“, sagte Gnadl in der Debatte. Der Gesetzentwurf bleibe halbherzig und unverbindlich. „Unser Änderungsantrag fordert barrierefreie IT-Arbeitsplätze in den öf-



fentlichen Verwaltungen und das Mitführen von Assistenzhunden und Hilfen für Menschen mit mehreren Sinnesbeeinträchtigungen“, erklärte sie. Jeder Mensch mit Behinderung solle außerdem frei wählen können, in welcher Wohnform er leben möchte. „Mit der Einrichtung einer Schlichtungsstelle, der Wahl eines Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung durch den Landtag und einen unabhängigen und weisungsbefugten Landesbeauftragten, stärken wir die Rechte und Interessen der Betroffenen“, schloss Gnadl.

KREBSPATIENTEN BESSER HELFEN

In der Debatte über das hessische Krebsregistergesetz stellte Dr. Daniela Sommer fest, dass der Aufbau des Registers viel zu spät begonnen wurde und nur schleppend vorangehe. Sie forderte eine Evaluation des Registers und der Verfahren. „Krebsfälle müssen über einen längeren Zeitraum ausgewertet werden, um aussagekräftige Fallzahlen zu erhalten“, kritisierte die gesundheitspolitische Sprecherin. Erst dann könne man Rückschlüsse auf mögliche äußere Einflüsse ziehen.



PARLAMENTS LUFT SCHNUPPERN

BESUCHERGRUPPEN IM HLT



Besuchergruppe mit den SPD-Landtagsabgeordneten Manuela Strube und Oliver Ulloth.

Zwischen 1500 bis 2500 Interessierte kommen pro Plenarwoche zu Besuch in den Hessischen Landtag. Seit 1988 koordiniert Sandra Thomas die Besucherströme. Vor allem Schüler, Senioren, Vereine und von Abgeordneten geladene Gäste kommen, um sich über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren. Ein Besuch dauert drei Stunden und beginnt mit einer Präsentation über den Landtag, die

Zusammensetzung des Parlaments und die aktuellen Themen des Plenums. Anschließend wird die Debatte von der Besuchertribüne aus live verfolgt. Zum Abschluss stellen sich Abgeordnete der Fraktionen vor und die Besucher erhalten die Gelegenheit ihnen Fragen zu stellen. Wer den Landtag besuchen möchte, kann sich mit seinem Wunsch an einen SPD-Landtagsabgeordneten vor Ort wenden.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (verantwortlich),
Isabel Neumann, Christina Franzisket,
Gerfried Zluga, Christoph Gehring,
Martina Häusl-David